

Medienmitteilung BPUK und KöV, 08.02.2010

Bundesmittel für dringende Verkehrsprojekte

Kantonale Bau- und Verkehrsdirektoren begrüßen Finanzierungsvorschlag

Die Agglomerationsprogramme haben in den Kantonen und Städten eine grosse Dynamik ausgelöst: Zahlreiche Projekte wie S-Bahnerweiterungen, Tramprojekte, Verkehrssanierungen wurden ausgearbeitet und dem Bund fristgerecht eingereicht. Diese bewirken eine deutliche Verbesserung der Verkehrssituation in den Agglomerationen durch eine optimale Abstimmung von Siedlung und Verkehr, etwa durch Anschlüsse durch den öffentlichen Verkehr oder Ortsumfahrungen. Für knapp dreissig priorisierte Projekte in der ganzen Schweiz ist der Bund verpflichtet, Beiträge zwischen 30 und 50 Prozent zu leisten. Diese Projekte sind baureif oder werden schon umgesetzt, was allerdings nur durch Vorfinanzierungen der Kantone möglich ist. Die Vorlage des Bundesrates zum Programm Agglomerationsverkehr lässt eine Verzögerung dieser Projekte um mehrere Jahre befürchten – mit schwerwiegenden Folgen. Das Gleiche gilt für die Beseitigung von Engpässen auf dem Nationalstrassennetz, konkret die Nordumfahrung Zürich und die Engpassbeseitigung Crissier. Die täglichen Staus verursachen immense Schäden für die Umwelt und Volkswirtschaft. Und andere wichtige Ausbauprojekte würden in weite Ferne rücken. Die kantonale Baudirektorenkonferenz (BPUK) und Verkehrsdirektorenkonferenz (KöV) setzen sich für eine zeitgerechte Umsetzung ein; Vorfinanzierungen kommen für die Kantone kaum mehr in Frage. Ihre Anliegen konnten sie – zusammen mit dem Städteverband – der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerates vortragen.

Die Kommission will nun sicherstellen, dass die priorisierten Agglomerationsprogramme und die Beseitigung der gravierendsten Engpässe im Nationalstrassennetz zeitlich wie geplant umgesetzt werden können. Finanziert werden diese Vorhaben aus dem Infrastrukturfonds, der in den nächsten Jahren allerdings kaum liquide ist und somit die dringend benötigten Mittel nicht fliessen könnten. Die Kommission will deshalb eine Vorlage für eine ausserordentliche Einmaleinlage aus der Spezialfinanzierung Strasse in den Infrastrukturfonds ausarbeiten. Dazu ist die Zustimmung der Schwesterkommission des Nationalrats erforderlich. BPUK und KöV laden diese ein, diesem Finanzierungsvorschlag zu folgen. Die Dynamik der Agglomerationsprogramme darf nicht gebrochen werden, und die Beseitigung der gravierendsten Engpässe im Nationalstrassennetz ist unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Auskünfte: Benjamin Wittwer, Direktor BPUK und KöV, 031 320 16 90

Bau-, Planungs- und
Umweltdirektoren-Konferenz
BPUK
Konferenz der kantonalen
Direktoren des öffentlichen Verkehrs
KÖV

Haus der Kantone
Speichergasse 6
3000 Bern 7

T +41 (0)31 320 16 90
F +41 (0)31 320 16 98
M info@bpuk.ch

www.bpuk.ch - www.koev.ch